

Die „Weltanschauung“  
erschienen täglich Mittwochs  
Sonntag und ist durch die  
Spezialisten, Frau Wagners, die  
durch die Post und  
durch Colportage zu beziehen.  
Preis vierteljährlich 1.00, 2.00,  
pro Woche 20 Pf.  
Verlagsgesellschaft Nr. 7344.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Insertionsgebühren  
Betragen für die einseitige  
Beilage über dem Haupt-  
20 Pfennige, für Beilage- und  
Beizeichnungs-Anzeigen  
10 Pfennige.  
Aufträge für die nächste Nummer  
müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Nr. 73.

Donnerstag, den 26. März 1896.

7. Jahrgang.

## Die Bekämpfung der Socialdemokratie

erörtert in der jüngst begründeten, in drei Sprachen erscheinenden Zeitschrift „Kosmopolis“ der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. L. Barth unter dem Titel: Kaiser Wilhelm II. und die Socialdemokratie. Wenn auch selbstverständlich den Partij'schen Ansichten nicht in allen Theilen unfererseits zugestimmt ist, so sind einzelne Ausführungen doch interessant genug, um diese nachstehend im Auszuge wiederzugeben.

Der Artikel setzt an mit der Entlassung des Fürsten Bismarck. Sie war das Werk der Socialdemokratie ebenso wie die des Grafen Caprivi. „In einem wesentlichen Punkte lag die Sache bei dem Sturze des Grafen Caprivi allerdings ganz anders, als bei dem Sturze des Fürsten Bismarck. Der letztere fiel, weil der Kaiser im Frühjahr 1890 über Repressionsgesetze gegen die Socialdemokratie etwa so dachte, wie Graf Caprivi im Herbst 1894; und der erstere fiel, weil der Kaiser im Herbst 1894 über Repressionsgesetze gegen die Socialdemokratie etwa so dachte, wie Fürst Bismarck im Frühjahr 1890. Damit ist die Wandlung in den Anschauungen des jetzigen deutschen Kaisers deutlich genug zum Ausdruck gebracht.“ Diese Wandlung in den Anschauungen des Kaisers führt Barth auf die Einsicht zurück, daß die sogenannte Arbeiterschutzesetzgebung der Socialdemokratie nicht nur keinen Abbruch gethan, sondern sie vielmehr noch verstärkt hat.

Es scheint danach gegenüber dieser Partei der Liebe Mühe umsonst zu sein, und das hat ohne Zweifel viel dazu beigetragen, den socialen Reformeifer der achtziger und der ersten neunziger Jahre abzukühlen. Es gehört in den oberen Schichten der Gesellschaft gegenwärtig schon nicht mehr zum guten Ton, für Socialreform zu schwärmen; immer lebhafter dagegen plaudert man dort dafür, die Socialdemokratie, die sich nicht befehlen lassen will, nach Möglichkeit zu knebeln, und bei dieser Gelegenheit auch gleich dem früher gehätschelten Pastoren- und Professoren-Socialismus das Lebenslicht wieder auszublöhen. Der Großindustrielle Frhr. v. Stumm, Mitglied des Reichstages und persona gratissima beim Kaiser, ist der Peter von Amiens dieses neuen Kreuzzuges. Der Einfluß dieses energiegelassen Fanatikers, der im vorigen Winter sogar durch eine Herausforderung des Rathesocialisten Professor Adolf Wagner zum Duell die Lösung der socialen Frage zu fördern bemüht war, ist nicht zu unterschätzen.

Es folgt der Kreuzzug gegen die Socialdemokratie, im Anschluß an den Trinkpruch des Kaisers. „September 1894 zu Königsberg das Unsturzgesetz, das unter Buchts der parlamentarischen Kritik völlig zusammenbrach. ... gefährdete ein Jahr nach der Königsberger Rede erfolgten die Kundgebungen des Kaisers gegen die Socialdemokratie aus Anlaß der patriotischen Septembereife. „Es schien zunächst, als ob diese Aeußerungen des Kaisers, wie die Königsberger Rede im Jahre vorher, eine neue Unsturzcampagne eröffnen würden. Einige, als besondere Socialistenkresser bekannte Publicisten, stießen auch in's Korn, aber das Echo der öffentlichen

Meinung blieb aus, und von einem neuen Unsturzgesetz war sehr bald keine Rede mehr. Dagegen hagelte es plötzlich Proceßprocesse. Socialistische Redacteure wurden früh morgens aus den Betten geholt und verhaftet, weil sie verdächtig seien, Majestätsbeleidigungen begangen zu haben, und in kürzester Frist waren von den verschiedensten Gerichten Deutschlands socialdemokratische Schriftsteller wegen begangener Majestätsbeleidigung zu erheblichen Gefängnisstrafen verurtheilt. Auch der größte Theil der nichtsocialdemokratischen Bevölkerung sah diesen Verfolgungen mit wachsendem Unbehagen zu, und das Bestreben erreichte seinen Höhepunkt, als der bekannte Führer der Socialdemokratie, der Reichstagsabgeordnete Liebknecht, wegen einer bei Eröffnung des socialdemokratischen Parteitages Anfangs October in Breslau gehaltenen Rede angeklagt und wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt wurde. Das Gericht nahm als erwiesen an, daß Herr Liebknecht mit den incriminirten Redewendungen keine Majestätsbeleidigung habe begehren wollen, er habe jedoch ein Auditorium vor sich gehabt, von dem er hätte annehmen müssen, und nach Meinung des Gerichts auch angenommen habe, daß darunter manche Personen seien, die eine Majestätsbeleidigung aus gewisse Redewendungen heraus hören würden. Es liege somit ein dolus eventualis vor. Dafür vier Monate Gefängnis. Ob das Reichsgericht dieser Auffassung in der Revisioninstanz beitreten wird, steht noch dahin. Die Wirkung dieser richterlichen Argumentation auf das große Publikum war verblüffend. Dem auf diese Gründe hin Verurtheilten kam begreiflicher Weise auch aus anderen als socialdemokratischen Kreisen ein lebhaftes Mitgefühl entgegen, und der an sich schon nicht geringe Widerwille gegen den mit Majestätsbeleidigungsproceß geführten Feldzug gegen die Socialdemokratie fand reiche Nahrung. Man mochte criminalistisch über diese Proceße denken, wie man wollte, politisch war dieser Kampf mit Majestätsbeleidigungsanklagen das denkbar Ungeheuerste, was die Gegner der Socialdemokratie thun konnten. Daß auch die Begeisterung des Volkes für die so geschädigte Monarchie nicht wuchs, braucht kaum hervorgehoben zu werden.

Politisch besonders bedenklich erschien es obendrein, daß diese zahlreichen Majestätsbeleidigungsproceße ohne Ausnahme aus Verwahrungen gegen die scharfen Aeußerungen des Kaisers über die Socialdemokratie erwachsen waren. Dem einfachen Volke stellten sich die Vorgänge somit als eine Art Wortwechsel zwischen dem Kaiser und der Socialdemokratie dar.

Barth sieht auch als Folge dieses Feldzuges der Gerichte gegen die Socialdemokratie nur eine Stärkung der socialdemokratischen Partei.

„Wo man sich bei den herrschenden Klassen in Deutschland des vornehmlich politischen Charakters der neueren socialistischen Bewegung bewußt geworden ist, da ist man vielfach nur um so eifriger bemüht, das rothe Gespenst in seiner ganzen collectivistischen Schreckenheit heraufzubeschwören, damit der ruhige Bürger das den Machthabern so nützliche

Gruseln vor der Socialdemokratie nicht verliere. Aber es wird immer schwieriger, diese Dabitation aufrecht zu erhalten. Aus gleichen U sachen ist auch die wiederholte Aufforderung des Kaisers, sich gegen die Socialdemokratie zu ermannen, in der Bevölkerung ohne ein rechtliches Echo geblieben. Der frühere Abscheu fehlt. Selbst der Philister glaubt nicht mehr daran, daß die Socialdemokraten „bloß theilen“ und die Arbeitergemeinschaft einführen wollen. Dagegen paßt es immer öfter, daß politisch unzufriedene Elemente, für welche der Socialismus an sich durchaus keine Anziehungskraft besitzt, ihren oppositionellen Gelüsten dadurch Ausdruck geben, daß sie bei Wahlen für socialdemokratische Candidaten eintreten. Die große Schaar der politisch Unzufriedenen bildet so eine wachsende Klientel der Socialdemokratie, die in ihrem Auftreten weniger Rücksicht zu nehmen braucht, als jede andere Partei, und die an politischem Radikalismus auch die weitgehendsten Ansprüche zu befriedigen vermag. Damit erklärt sich auch das richtige Anwachsen der socialdemokratischen Stimmen bei den letzten Reichstagswahlen.

„Die Socialdemokratie ist in Deutschland zu stark geworden, als daß sie mit Gewaltmitteln zu überwinden wäre. Selbst wenn man im Wege eines Staatsrechtes das allgemeine Wahlrecht beseitigen und die Pressfreiheit auf ein Minimum reduciren würde, so ließen sich die zum politischen Selbstbewußtsein erwachten Arbeitermassen auf die Dauer nicht wieder entmündigen. Dieselben werden sich ihren Antheil an der politischen Macht sichern. Der deutliche Beweis dafür ist die wachsende Bedeutung der Socialdemokratie.“

## Politische Rundschau.

Die Presse und das Reichstagsfest.  
Wir lesen im Organ des Bundes der Landwirthe:

„Wie wir denken, so ist es gekommen. Gerade diejenigen Blätter, welche vor Kurzem den Mund am vollsten nahmen und es als selbstverständlich hinstellten, daß kein Leiter eines Hauses die nachträglich erfolgte Einladung annehmen könne, sind der nach Begutachtung der Fractionen erfolgten nachträglichem nachgedrungenen Einladung mit rührender Freude gefolgt und schweben förmlich in der Wonne, über die Kraftbrüche und den Stangenpöbel des Reichstages berichten zu können. Wir sind dadurch gezwungen, unser früheres Urtheil über die seltsame Handlungsweise des Reichstages abzuändern und müssen wohl oder übel zugeben, daß der Reichstag die Mehrheit der Vertreter der deutschen Presse richtig eingeschätzt hat.“

Ausnahmsweise müssen wir der „Deutschen Tagesztg.“ einmal Recht geben. Die ellenlangen Berichte mancher Blätter über das Abendessen des Reichstages, die sich bis auf das Menu und die Darbietungen der Militär- und Civilmusik-Kapellen gäbe, die bei dieser Gelegenheit gern ein paar Mark verdient hätten — zeigen, daß sich das Bureau des Reichstages über den Charakter eines großen Theils der Presse nicht getäuscht hat. Daher wird denn auch nach wie vor jede Presse so behandelt, wie sie es verdient.

## Berliner Märztage.

Eine geschichtliche Erzählung von Michael Deutsch.

Die beiden Stimmen kamen Ferdinand bekannt vor. Er wandte sich um und erblickte seinen Meister Frike Grams und Herrn Fisch, die eben aus den Zelten zurückkehrten, wo sie angeblich auf „irgend etwas“ gewartet hatten. „Morgen“, hieß es, sollte wieder eine große Volksversammlung stattfinden. Herr Blüdemann hatte sich an dem gefährlichen Ausflug nicht betheiligert: er war „nicht ganz wohl“, wie Frau Mudenich dem ihn abholenden Grams mitgetheilt hatte.

„Na, Junge, auch mit draußen?“ begann Frike Grams freundlich, nachdem Ferdinand ihn begrüßt hatte. „Du mußt natürlich überall dabei sein!“

„Gewiß doch, Herr Meister“, antwortete Ferdinand led — „ohne uns gehi's 'mal nich, und wenn's auch Jemandem nicht recht ist.“

Frike Grams hatte einen guten Ruf unter den Jungen seines Viertels: er fütterte seine Lehrlinge gut, behandelte sie werkschlich und sprach mit ihnen „wie mit Erwachsenen“, was ihn bei seinen Innungsgenossen zwar arg in Verzug brachte, dafür aber bei den Jungen um so größeren Beifall fand.

Mit nicht geringem Stolz stellte Ferdinand seinem Meister den Bräutigam seiner Schwester vor.

„Ist heut von Paris angekommen.“ fügte er leise hinzu. Ephraim Fisch spitzte die Ohren und ließ sich die Neuigkeit noch einmal wiederholen. Sie schien ihm wichtig genug, daß er nach einem kurzen, leise geführten Zwiesgespräch mit Grams den Buchdrucker aufforderte, sich Abends am Stammtisch der „Silbernen Ente“ einzufinden.

„Sie brauchen nicht zu fürchten“, meinte Fisch geheimnißvoll beim Abschied — „wir werden dafür sorgen, daß wir unter uns sind.“

Unter den Linden war das Treiben der Menschen noch lebhafter als auf dem Schlossplatz. Die Angehörigen der „besseren Kreise“ waren hier zahlreicher als vor dem Schlosse. Nur ein Element fehlte heut fast ganz: die Offiziere. Wo sich einer dieser privilegiirten Uniformträger sehen ließ, da zeigte seine Miene einen geschäftigen, dienstlichen, fast scheuen Ausdruck. Es war, als ob sie sich unter Feinden bewegten, denen sie nicht frei ins Auge zu blicken wagten — als ob sie nicht Kinder dieses selben preussischen Volkes wären, das sie da in den Gassen tummelte, sondern einer fremden Eroberertruppe angehörten, die für ihre Herrschaft fürchtete.

An der Ecke der Friedrichstraße trennte sich Hans von seinen beiden Begleitern. Hartung wollte den Weg zu seiner in der Invalidenstraße wohnenden Schwester allein zurücklegen, während Ednid und Ferdinand, der sich mit einer Schaar von Altersgenossen zusammengesetzt hatte, einen Ausflug nach den Zelten unternahm. Am Abend wollten sie dann bei Vater Bernicke wieder zusammentreffen.

In der Friedrichstraße, nahe der Karlsruferstraße, sah Hartung größere und kleinere Soldatenabtheilungen in der Richtung nach dem Innern der Stadt vorübermarschieren. Die Stimmung der Bevölkerung war hier lebhafter und aufgeregter als in den Stadttheilen, durch die er bisher gekommen war. Ab und zu blieb ein Angezückener oder ein Gassenjunge stehen, um die Soldaten lachend anzurufen. „Du, Jochen, der neunte Knopp ist nich jepußt!“ oder: „Schief's man bloß nich um die Ecke, Willem, der thut weh!“ oder: „Zeh't man nach Köln am Rhein, da machen se Revolution!“

Die armen pommerischen, schlesischen und ostpreussischen Bauernjungen, die mit ihren zwanzig Jahren keinen blauen Dunst davon hatten, was eigentlich um sie herum vorging, blickten verlegen nach dem Herrn Leutnant, der sie führte. Und als sie sahen, daß dieser vor Wuth und Ingrimm seinen Schnurrbart laute und giftige Blide auf die Passanten

des Bürgersteiges abwarf, da begannen auch sie ingrinnig d'rein zu schauen, als ob sie die göttliche Weltordnung selbst gegen eine Armee von wüthenden Hölleisen zu verteidigen hätten.

Jenseits der Stadtmauer, vor dem Draniensburger Thore, befanden sich zu jener Zeit die großen Maschinenbau-Anstalten von Borrig, Eggels, Rüdiger, Egl u. i. w., die den Ruhm der aufblühenden Berliner Großindustrie zuerst begründet hatten. Hier hatte im Laufe der beiden letzten Jahrzehnte sich jener wichtige Abshürungsproceß vorbereitet, durch den aus dem hieheren alten Schlosser- und Schmiedehandwerk der Moloch der modernen Eisenindustrie sich entwickeln sollte. „Dampf, Kohle und Eisen“ — dieser elementare capitalistische Dreieck, der den Hunderttausenden seine barbarischen Hungergesetze diciterte, war hier außerhalb der eigentlichen Stadt mit seinen Kerntuppen ins Quartier gezogen, fest entschlossen, dieses mittelalterlich-spießbürgerliche kleine Soldatenweh in Grund und Boden zu schmectern und ein neues Berlin, das seiner würdig wäre, ein groß und weit angelegtes, dampfgeborenes Industriecentrum an die Stelle des alten Krähwinkels zu setzen.

Ein paar verschlagene Köpfe, welche die unwalzbar Erfindungen genialer Grubelmeister für ihre eigene Tasche ergiebig zu machen wußten, hatten sich hier draußen eine souveräne Machtstellung geschaffen, um die sie mancher Feldmarschall der heiligen Allianz, mancher von den sechsunddreißig deutschen Landesvätern beneiden konnte.

Und sie bedurften keiner zwangweisen Aushebung und keiner mit Latzen und Spiegruthen arbeitenden Disziplin, um ihre Bataillone zu formiren, denn zu Hunderten und Tausenden drängten sich die Freiwilligen des Hungers, die Schiffbrüchigen des Handwerks und des Kleinhandels nach ihren Werbebureaus. Leute, die eben noch von einer eigenen Werkstat, einer bescheidenen Selbstständigkeit und jener typischen, jüngerlich-patriarchalischen Alleinherrenschaft im



Die Aufhebung der Salzsteuer, welche von den Sozialdemokraten in voriger Woche im Reichstage beantragt wurde, hat diese Körperschaft, wie bekannt, schon einmal beschäftigt, und zwar im Jahre 1873. Die Reminiscenz zeigt, wie die „Frankf. Zig.“ mit Recht bemerkt, wie schädlich mangelhafte Exekutive der Volksvertretung ist. Denn der Reichstag hätte es damals in der Hand gehabt, die als ungewisse Kopfsteuer wirkende Salzsteuer zu beseitigen, er unterließ jedoch einen entscheidenden Entschluß und begnügte sich mit einer leuchtendsten Resolution. Die Folge dieser Mangelhaftigkeit ist, daß wir heute noch über die Salzsteuer klagen und die Parteien genau mit denselben Argumenten ihre Aufhebung bekämpfen, wie vor 24 Jahren; es fehlt angeblich an einem Erfolg der 44 Millionen, die das Reich aus der Salzsteuer zieht, während sich ein solcher Erfolg durch Sparsamkeit und Einschränkung der Viebesgaben leicht finden ließe. Damals waren Fortschrittspartei, Centrum und Nationalliberale lebhaft für eine Ermäßigung der Salzsteuer und schlugen zu diesem Zweck folgende vom Reichstage auch angenommene, aber völlig wirkungslos gebliebene Resolution vor: „Die gänzliche Aufhebung der Abgabe von Salz ist ebenso eine Forderung der Gerechtigkeit als einer gesunden Finanzpolitik und demgemäß, sobald die Finanzlage es irgend gestattet, in erster Linie durchzuführen.“ Die Lehre hieraus ist leicht zu ziehen: Will der Reichstag die Salzsteuer endlich beseitigen, so darf er nicht solche Nebenarten machen, sondern muß feste und bindende Beschlüsse fassen. Vielleicht wird ihm im nächsten Jahre wieder dazu Gelegenheit geboten!

Zum Maximalarbeitsstage im Bädergewerbe. Der geschäftsführende Vorstand des Centralverbandes deutscher Bäderinnungen „Germania“ zu Berlin, welcher sich über das ganze deutsche Reich erstreckt und gegenwärtig 964 Innungen mit etwa 26,000 Mitgliedern zu seinen Mitgliedern zählt, hat jüngst beschlossen, noch einen letzten Versuch zu machen, um die durch die Anordnung des Maximalarbeitsstages dem Bädergewerbe erwachsenden schweren Schädigungen abzuwenden. Es ist in diesem Zwecke an die Vorstehenden sämtlicher in Deutschland vorhandenen Bäderinnungen eine Aufforderung dahingehend erlassen worden, in den Osterferien die Reichstags-Abgeordneten in den einzelnen Wahlkreisen aufzusuchen und dieselben zu einer Interpellation im Reichstage in Sachen des Maximalarbeitsstages zu Gunsten des schwer bedrohten Bädergewerbes zu veranlassen.

Wir sind die letzten, denen eine solche Interpellation nicht erwünscht ist. Eine Verhinderung der Bundesratsvernehmung wird den Vertretern der Arbeiter im Reichstage Gelegenheit bieten, die Zustände im Bädergewerbe gründlich zu beleuchten und damit den Nachweis zu erbringen, daß die Arbeiterbeschwerden der Bundesratsvernehmung vollkommen begründet sind. Der deutsche Reichstag wird nicht den Rath haben, eine Billigung dieses Minimums von Arbeiterlohn zu fordern.

Dem Reichstage ist die nach den Beschlüssen des Reichstages in zweiter Lesung herbeiführende Berechnung der für das Etatsjahr 1896/97 zur Deckung der Gesamtanforderung des öffentlichen Staats aufzubringenden Matricularbeiträge zugegangen. Insgesamt stellen sich danach die berechneten Matricularbeiträge auf 418,051,113 Mk. Davon gehen die Beiträge an dem Ueberschusse des Etatsjahres 1894/95 mit 7,445,283 Mk. ab, so daß hier zu zahlen bleiben 410,605,830 Mk. b. i. im Vergleich mit dem laufenden Etatsjahre, wo die hier zu zahlenden Matricularbeiträge 386,000,267 Mk. betragen, 14,605,563 Mk. mehr. In diesem Maße der zu zahlenden Matricularbeiträge sind alle Bundesstaaten mit Ausnahme von Mecklenburg und Schleswig-Holstein beteiligt, die 5592 und 1271 Mk. weniger als im laufenden Etatsjahre zu zahlen haben. Da die Verteilung der Matricularbeiträge auf die einzelnen Bundes-

staaten nach der Kopfzahl der Bevölkerung erfolgt, hat Preußen den größten Antheil, mehr als die Hälfte der Gesamtsumme, zu zahlen, und zwar 242,927,702 Mk. gegen 233,179,941 Mk. im Jahre 1895/96, d. h. 9,747,761 Mk. mehr. Den geringsten Beitrag zahlt Schaumburg-Lippe mit 304,884 Mk. Nächste Preußen folgen Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden mit 50,088,381, 27,258,033, 18,294,312 und 14,055,270 Mk.

Ueber die Nachwirkungen von Peters Emin Pascha-Expedition erzählt in der ränischen Zeitung „Politiken“ P. D. Scavinius folgendes: „Im Jahre 1894 unternahm ich eine Expedition mit 3 Röhren und 18 schwarzen Leuten den Tanafuß hinauf nach den englischen Besitzungen in Ost-Afrika. Einige Jahre zuvor hatte Dr. Peters auf seiner bekannten Expedition genau denselben Weg gemacht. In der Zwischenzeit waren keine Europäer in diesen östlichen Gegenden gewesen. Als ich etwa 200 Kilometer nördwärts gerudert war, fand die Bevölkerung an, abzunehmen. Ich stieß überall auf Spuren vom Krieg. In der Gegend von Obanzi traf ich 11 vom Feuer zerstörte Dörfer, überall Skelette von Männern, Frauen und Kindern, namentlich zahlreich waren die Skelette von Frauen und Kindern. Es war mir in diesen Gegenden beinahe unmöglich, den notwendigen Reis für meine Leute aufzutreiben, denn sobald wir uns näherten, ergriff Alles voller Entsetzen die Flucht. Die Eingeborenen fürchteten sich vor meinem weißen Gesicht, denn der letzte weiße Mann, den sie gesehen hatten, Dr. Peters nämlich, war es gewesen, der alle diese Schandthaten verübt hatte. Der englische Commissar in Lamu, Dr. Mac Clellan, sagte zu mir und Anderen, als gelegentlich die Sprache auf Dr. Peters kam: „Hätten wir damals den Schlingel erwischt, wir hätten ihn an dem ersten besten Baum aufgehängt.“

Zum Präsidenten des Oberlandes-cultur-Gerichts ist nicht der Kammergerichtsrath Hintzen, sondern der Reichsgerichtsrath Hintzen ernannt. Letzterer war vor seiner Berufung Mitglied des Oberlandes-cultur-Gerichts und ist, soweit bekannt, niemals parlamentarisch thätig gewesen. Somit ist eine Nachwahl zum Reichstage nicht erforderlich.

Viebesgaben an Jünger und Agrarier soll nun auch die zweite sächsische Kammer bewilligen. Die Conservativen scheinen nach der Entscheidung des Reichstages das lebhafteste Bedürfnis zu haben, sich bei den mittleren Klassen der Bevölkerung wieder populär zu machen. Sie wollen dem Mittelstande gewissermaßen ein Schmerzensgeld zubilligen und haben daher durch die Finanzdeputation der zweiten Kammer beantragen lassen, diese wäge der Regierung die Ermächtigung einzurufen, an gewerbliche und landwirthschaftliche Genossenschaften oder Verbände zu einem niedrigen Zinsfuß Darlehen in einer Gesamtsumme von 2 Millionen zu geben. Es sollen jedoch nur solche Vereinigungen berücksichtigt werden, deren juristische Rechte verfallen sind. Der Antrag, der von der Regierung gutgeheißen ist, wird ohne Zweifel angenommen werden.

Carlsruhe, 24. März. Nach einer in der heutigen Sitzung der zweiten sächsischen Kammer abgegebenen Erklärung der Regierung beläuft sich der durch das Hochwasser entstandene Schaden auf 2,210,000 Mk.

Am 13. April ist Termin in Sachen Dreesbach gegen den Redacteur Koch von der „Sächsischen Landeszeitung“. Dieser Koch hatte im vorigen Jahr eine Forderung an den Universitätsprofessor Koch, dem Redacteur des „Sächsischen Tagesboten“. Als Koch in seinem Klage auf die Anfertigung dieses Artikels, wurde Koch gegen Koch und Dreesbach und Koch gegen den Prof. Dr. Koch in dessen Behauptung.

Die traurige Fuchsmähler Angelegenheit hat noch immer nicht ihren Abschluß gefunden. Wie die „Amb. Volkszig.“ meldet, wird Sonnabend vor dem Landgericht Weiden gegen Anna Stoll und Barbara Noat von Fuchsmühl wegen der Fuchsmähler Holzgeschäfte vorigen Jahres verhandelt. Die Verhandlung gegen die beiden Angeklagten mußte im vorigen Jahre wegen deren Erkrankung ausgesetzt werden.

Schweiz.

Die in Bern zusammengetretene Bundesversammlung hat die erste Woche hinter sich. Der Ständerath hat eine Anzahl kleinerer Geschäfte erledigt oder noch zu erledigen. Im Nationalrath hat das Rechnungsgesetz für die Eisenbahnen zu mehrtägigen lebhaften Debatten geführt, wobei das Bundesgericht als Schlichter in Fragen der Eisenbahnverwaltung den Mittelpunkt bildete. Der Ständerath hatte das Bundesgericht gestrichen und auch beim Schlichter abgestellt, während die nationalrätliche Commission nach der ursprünglichen Vorlage des Bundesraths das Bundesgericht wieder in das Gesetz aufnahm, das nun als Ganzes vom Nationalrath mit 70 gegen 20 Stimmen angenommen wurde. Das Gesetz geht nun wieder an den Ständerath zurück. Vom baldigen Zustandekommen dieses Rechnungsgesetzes hängt auch die baldige Ausführung des Verstaatlichungsgebändens ab. Aus den Debatten ist erwähnenswerth eine Aeußerung des Abgeordneten Marti, der Berner Regierungsrath ist und früher Director der Jura-Simplonbahn war. Er meinte, die Eisenbahnherren fürchteten wohl das Personal, aber nicht den Bund, der die Speculanten noch nicht zu Paaren getrieben hat.

Die obligatorische Arbeitslosenversicherung in der Stadt St. Gallen hat erstmals mit Neujahr 1896 ihre Unterthätigkeit begonnen und bis zum 1. März 372 Arbeitslose (etwa 11 pSt. der Bevölkerung) mit 14,600 Frs. unterstützt, welche Summe die halbjährliche Einnahme der Beiträge bildet. Seit 1. März wird mit den Subventionsgeldern des Staates und der Gemeinde die Unterthätigkeit ausbezahlt. Der vom Genossen Paul Brandt redigirte „St. Galler Staats-Anzeiger“ constatirt, daß sich das Institut bis jetzt im großen Ganzen bewährt hat.

Der in Zürich erscheinende „Bauernbund“, das Organ des Züricher Bauernbundes, macht folgenden interessanten Vorschlag: „Es sind schon in einigen Ländern Bauernbünde entstanden, und es dürfte daher die Zeit nicht mehr ferne sein, wo sich diese Bauernbünde zu einem großen internationalen Bunde vereinigen würden; gleich wie sich die Arbeiterpartei verbündet und wie sich das Capital gegenseitig unterstützt und hilft, müssen sich nothgedrungen auch die Bauern zu helfen suchen, wenn die Verhältnisse für sie sich nicht günstiger gestalten. Unter solchen Umständen wäre denn ein Bauernstreik mit siegreichem Ausgange möglich.“ Man sieht, die goldene und die rolhe Internationale machen Schule. Eine Bundschuh-Internationale! Fatal mag es zwar unseren deutschen, von Patriotismus triebenden „Bauern“ sein, so direct auf die Socialdemokratie als Vorbild hingewiesen zu sehen. Ist doch, wie sie täglich verkünden, der Internationalismus der Socialdemokratie nichts als schändliche Vaterlandslosigkeit. Aber wie sagt Herr Schönbauer? „Wenn zwei Laßelbe thun, ist es nicht das Gleiche.“ — Und nun gar ein Generalbauernstreik? Wahrhaftig, der „harte Bauernschädel“ paßt sich sehr rasch den modernen Ideen an.

Italien.

Reite Geschichten erzählt man jetzt über die entlassenen Minister. So meldet der „Messagero“, daß Rubini die geheimen Fonds nicht mehr vorgefunden habe; die Rasse war, trotzdem das Finanzjahr erst am

engen häuslichen Kreise gethannt hatten, haben sich plötzlich, sie mußten selber nicht wie, in die Arme dieser Gratonien (Sandkorn-Häuptlinge) des Capitalismus eingereiht.

Das Argwohn und Lustige aber bei der Sache war, daß diese Condottieri ihre Truppen nicht einmal zu führen, zu heben und zu beherrschen brauchten, wie das der Krieg doch mit seinen Soldaten thun mußte, daß sie keine Invaliden und Altersschwachen, keine Wittwen und Waisen zu füttern hatten, gleich dem König, sondern einfach aus Zahltag ihren Soldnern das Wasser Lohn hinwerfen und damit quitt waren:

„Ist Dir's nicht? Gut — vor dem Thore haben schon zehn andere für Dich.“

„Aber bist Du? Fort mit Dir — wir brauchen nur Soldate!“

„Zehn Kinder hast Du? Thut mir Leid — dann bringe Du selbst und lies das Buch des Malins, das von der Zweihundertkriege!“

„Aber — und sie bleiben und räumen die zehn, zwölf, fünfzehn Silbergrößen täglich und arbeiten täglich ihre vierzehn, fünfzehn Stunden und ertragen sich selbst und die Jungen zu Mühen, Arbeit, Qualen — haben das Spargel und Erdbeeren.“

Dort lagen sie einquartirt, in den Arbeiterklosteren vor dem Thore, in jener wüsten Gegend, die keiner Regulierung, keiner Befestigung, keiner sozialen Organisation bedurfte, weil doch nur dieses Arbeiterpad da wohnt, das ohnedies den Ansehen der ganzen Stadt Berlin nicht unentgeltlich beizubringen. Wie sie da wohnt, was sie da thut — das war der jüngsten Generation, die in jenen Establishments geboren und den ungeheuren Reichthum in ihre Taschen steckte, vollkommen gleichgültig.

Und so aber sie denn, was sie schamer, und wohnt, wie sie leuchtet: in jenen, in zwölf Köpfen in einem Quartier, Männer und Weiber, Kinder und Greise, junge Mädchen,

und junge Mädchen, alle durch einander. Und verloren sie sich durch diese Arme, nicht zum Großen für fünfzehn Stunden — nur so wohnt sie eben gar nicht und eben gar nicht, sondern leben wie die Hunde von Constantinopel, eben, was sie erduldeten, schliefen, was sie müde wurden, und schliefen, was der von Hunger unheimlich reich gewordenen Schrecken zu Ende war.

Und Anton Kowalla war vor einigen Jahren als solcher in „Sachsen“ der Reichstagen in Berlin angelangt. Damals war er jung, unbestimmt und hatte mit seiner unklaren Seele noch viel zu lernen in die Welt. Er hatte auf einem schlichten Zimmer als Schlichter gearbeitet, und da er gute Zeugnisse über seine Leistungen erhalten konnte und überaus geduldet, so war es ihm gelungen, auf der höchsten Gehaltsstufe in der Zwischenstufe als Reichthum angestellt zu werden.

Er hatte diesen Hartung, die Tochter des vorhergehenden großen Reichthums, die Tochter des Reichthums, und sie gebildet, und auch Elisabeth Hartung war dem höchsten jungen Mann mit der jüngsten Frau und der äppigen jüngsten Frau von Berlin gegangen gewesen. Und sie hatten sich ganz glücklich geliebt, in lange sie ihr Leben zu verbringen. Als aber Anton die Arbeit in der Eisenbahnerei verlor und ein paar Wochen ohne Arbeit war, da begann Rath und Sorge zum ersten Mal die Fäden an, um das seltsame Band zwischen den beiden Spielern zu zerreißen.

Als dem höchsten Mann Eisenbahnerei an der Eisenbahnerei überließ, das Kowalla anfangs bereut hatte, zog er nun in eine ganz reich erhaltene, aber in schmerzlichen Umständen, die zu jener Zeit in der Zwischenstufe und deren Ansehen nicht bis nach dem England hin sich zu erheben begannen. Anton Hartung, Elisabeths jüngerer Bruder, der in einer guten, reichlichen, auf unentgeltliche Weise eingeworbenen Eisenbahnerei Berlin arbeitete, half damals, so gut er konnte, ohne daß von Anton Kowalla mehr als

Stücklein über seinen „Stolz“ und seine „Bornehmtheit“ zu erraten. Heftige Scenen zwischen den Eheleuten waren nicht selten. Vier Kinder schrien nach Brot, und man mußte nicht, wie man sie füttern sollte. Elisabeth klagte über ihren Mann wegen seines unwirksamen, hitzigen Wesens, und dieser warf ihr vor, daß sie „nichts als ein halb Duzend Fenden“ in die Ehe mitgebracht habe.

Das erste Glas Branntwein that ein übriges — dem ersten folgte ein zweites, zehntes, hundertstes. Zwar arbeitete Kowalla zur Abwechslung einmal bald in dieser, bald in jener Fabrik, aber sobald wegen stillen Geschäftsganges Leute entlassen wurden, war Anton Kowalla ganz sicher mit unter den zuerst Entlassenen. Sprach er seine Verwunderung darüber aus, so hielt man ihm einfach sein Zeugniß aus der königlichen Eisenbahnerei vor, in dem ihm bei sonstiger Tüchtigkeit „Anfähigkeit und widerspeltlicher Geist“ nachgelagt wurde, und er mußte schweigen. Er war ja nur gelitten, lebte von der Grabe dieser industriellen Magnaten, gehörte nur der „Reserve-Armee“ ihrer dampfenden Schloten an.

Und so war er denn der complete großstädtische Proletarier geworden, und zwar einer der unglücklichsten seiner Klasse — einer von denen, die nur ein Schritt noch vom Lumpenthum oder vom Verbrechen trennt.

Hans Hartung kletterte an die Thür der Dachwohnung, die Kowalla in der Invalidenstrasse innegehabt hatte, und nach der er von Zeit zu Zeit Geldunterstützungen aus dem Ansehen gefandt hatte.

„Der ist da?“ fragte eine fremde Stimme. Eine mürrische alte Frau erschien an der Thür und gab Hans die Auskunft, daß „der Kowalla, der Strolch“, seit Neujahr aus dem Hause geworfen sei.

„Aber wozu ist er denn gezogen? Das werden Sie doch wissen.“ rief Hans ungeduldig.

(Fortsetzung folgt)



80. Juni endet, nicht nur schon leer, sondern auch schon mit einem Deficit von 50,000 Lire belastet, die unter der Rubrik: „Uniformen für die Sicherheitswachen“ gebucht waren. Ein wichtiger Abgeordneter soll die Rubrik als falsch bezeichnet haben; es müsste nämlich heißen: „Für Livréen der crispinischen Journalisten.“ Die „Stampa“ von Turin schreibt: In den letzten Tagen des verflohenen Ministeriums wurden ganze Kisten voll Acten aus dem Ministerium des Innern und dem des Äußeren hinweggeschafft, aus dem letzteren sogar vier gewaltige Exemplare von Kisten. Darinnen haben sich, wie man sagt, alle Papiere, die über die letzten Monate des Krieges in Afrika Ausschluß geben, befunden, besonders aber fehlen die Acten über die Uebergabe von Massala. Das neue Ministerium war also gezwungen, sich von Massala eine Kopie des Uebergabevertrages zu erbitten. Der „Messaggero“ erzählt ferner: „Die Kisten der verschiedenen Ministerien wurden geradzu geplündert; im Ministerium des Ackerbaus wurden nur 3000 Lire gefunden; im Ministerium des Innern fand sich von der etatsmäßigen Summe von 160,000 Lire „zu wohlthätigen Zwecken“ nichts mehr vor. Einige Minister und Unterstaatssekretäre nahmen sogar die Möbel aus den Amtszimmern in ihre Privatwohnungen.“ Der „Don Chiotto“, der schon früher gefragt hatte, wo die großen Summen geblieben seien, die einst für die durch das Erdbeben in Calabrien Geschädigten gesammelt worden seien, erhält einen Brief, in dem sich ein Wissender danach erkundigt, wo die Gelder geblieben sind, die zur silbernen Hochzeit des Königs-paares für den Zweck gesammelt wurden, ein Heim für die Waisen verunglückter Arbeiter zu bauen. Das Heim ist noch nicht gebaut. Die „Unita Cattolica“ von Florenz bringt die Meldung, daß wegen obiger Unregelmäßigkeiten vom neuen Ministerium Untersuchungen anbeschrieben seien, und knüpft daran die Forderung, daß endlich auch einmal über die Gelder, die zur Entschädigung für die Opfer von Agues-Mortes gezahlt worden sind, öffentlich Rechenschaft abgelegt werde. Die französische Regierung zahlte bekanntlich 420,000 Francs in Gold, also mit Aufgeld 450,000 Lire; außerdem brachte eine Nationalsubscription 200,000 Lire auf. Bis jetzt weiß man aber noch nichts über die Vertheilung dieser 650,000 Lire. Zum Schluß noch eine Mittheilung des „Secolo“ über den verflohenen Minister des Auswärtigen: „Als Rubini sein voriges Ministerium bildete, wurde Baron Blanc als Gesandter zur Disposition gestellt: kaum aber wurde er unter Crispien-Minister des Auswärtigen, so ernannte er sich sofort wieder zum „Gesandten“ mit 12,000 Lire Gehalt. Später wurde er sich in Castellamare in der Sommerfrische und berief dorthin amilich den Gesandten Antonelli. Weil der Gesandte hingerufen wurde, so erklärte der Minister seine Sommerfrische als Amtszweck und liquidirte dafür 14,000 Lire; der Rechnungshof widersprach dem, Blanc ließ sich nicht handeln und nahm nur 7000 Lire. Außerdem ließ er die zahlreichen Depeschen, die ihm Nachricht brachten von den Befürchtungen seiner Familie in Cuba, als Staatsdepeschen buchen. War das ein Gaunerministerium!

Griechenland.

Bei der griechischen Marine scheint allerlei faul zu sein. In der Kammer wurde beantragt, eine Commission niederzusetzen, welche alle Marinerechnungen seit 1892 prüfen soll. Das läßt auf erbauliche Dinge schließen. Der Ministerpräsident Delijannis widersprach jedoch entschieden dem Antrag und wollte nur die Prüfung der Ausgaben für den Umbau der königlichen Yacht „Dobultra“ zugehehen. Die Kammermehrheit trat dem Minister bei. Das Uebrige bleibt als hübsch im Dunkel.

Belgien.

Im Juli dieses Jahres werden in Belgien sehr wichtige Wahlen stattfinden. Die Hälfte der Kammer und des Senats wird erneut werden müssen. Das Loos hat angezeigt, welche Hälfte erst in die Wahl kam und der Ausfall ist dabei sehr günstig für die Socialisten gewesen. Nur ein einziger Socialist, der Genosse Desnet, ist bei den Abtretenden. Alle anderen Socialisten für Hennegau und Lüttich bleiben bis 1898. Wohl ist aber dies Jahr die Provinz Brabant dabei, die jetzt durch 18 Clerikale vertreten wird. Der Streit um diese Mandate, der fast der Streit um die Kammermehrheit ist, wird heiß werden. Im Jahre 1894 waren die Liberalen mit den Progressiven verbunden und holten dabei gute 70 000 Stimmen. Die Socialisten, die allein kämpften, bekamen 40 000. Jetzt werden die Radikalen mit den Socialisten sich verbinden. Die Brüsseler Abtheilung der Arbeiterpartei beschloß mit 2208 gegen 604 Stimmen, das angebotene Bündniß anzunehmen. Wenn man rechnet, daß seit 1896 die sogenannten Christlich-Demokraten ganz abgethan sind, was in diesem Bezirk eine bedeutende Abschwächung der Clerikalen bedeutet, und daß die socialistische Propaganda in diesen beiden Jahren energisch betrieben wurde, so ist die Hoffnung unserer Partei nicht grundlos. Wenn die Liberalen nicht mit den Clerikalen eine geldschätzende Allianz schließen, so ist die Niederlage der Clerikalen so gut wie sicher. Aber diese Allianz wird sich wohl machen! Außer Brüssel hoffen unsere Genossen noch Nivelles zu erobern. Die clerikale Mehrheit, die außerdem durch innerlichen Zwist schon abgeschwächt ist, läuft jedenfalls große Gefahr. Bei diesen Umständen wundert es nicht, daß die belgischen Genossen diesem Wahlkampf mit Spannung entgegensehen.

Frankreich.

Ein radikales Mittel gegen die Phosphorverkehr (Rieserbrand) will Finanzminister Doumer in den Staats-Zündhölzchenfabriken in Anwendung bringen. Er hat eine jüngst in Amerika erfundene Zündhölzchen-Maschine erworben, die sämtliche Operationen der

Zündhölzchenfabrikation verrichtet. Sie besteht aus einem mit Glas überzogenen, gegen den Rauch der Werkstätte hermetisch verschlossenen Kasten, in dessen vier Abtheilungen die verschiedenen Operationen, von der Zerpaltung des Holzschettes bis zur Einschachtelung der fertigen Zündhölzchen, ausgeführt werden. Die ebenfalls maschinenmäßig hergestellte Phosphormasse wird der Maschine durch Röhren direkt aus dem Laboratorium zugeführt. Der giftige Phosphordampf wird durch Ventilationsröhren entfernt. Das ist alles schön und gut. Aber die Maschine wirkt sofort über 1000 Arbeiter, circa ein Drittel des in den Staatsfabriken beschäftigten Personals, aufs Pflaster. Die Arbeiter behalten ihre Löhne, aber sie werden nichts zu heißen haben. Der Staat, wie der Privatkapitalismus kann aber trügliche Fortschritte nur um den Preis der Auszehrung, der Verelendung des Proletariats verwirklichen. Die Gewerkschaft der Zündhölzchen-Arbeiter, die im Frühjahr v. J. durch einen Streik das Versprechen der Abschaffung des gelben Phosphors erlangt hat, protestirt gegen die Einführung der Maschine. Doumer's Cabinetchef erklärte auf ihre Vorstellungen, der Minister werde zugleich dem Parlament vorschlagen, den brotlos werdenden Arbeitern eine Entschädigung von 1,200,000 Franken zu bewilligen, wozu ungefähr 1000 Franken pro Familie. Die Arbeiter erwiderten, sie bräuchten kein Almosen, sondern Arbeit.

Dänemark.

Kammerconflicte. Zwischen der ersten und zweiten Kammer des dänischen Parlaments ist über das Budget wieder ein Conflict ausgebrochen. Es ist erinnerlich, daß das Volksting der Regierung einen Theil der Militäraufwendungen gestrichen, gegen ihren Widerspruch die Verstaatlichung der Dampferlinie von Esbjerg nach England und die grundgesetzwidrige Verpflichtung der offiziellen „Berlingschen Zeitung“ zu einer Abgabe an den Staat beschlossen hat. Der Budgetausdruck des Landstings hat sich in allen Streitpunkten zu Gunsten der Regierung ausgesprochen. Nach einer Version soll das Cabinet kompromißlos sein und zurücktreten, nach einer anderen soll nur der Kriegsminister Thomsen, der zudem durch Krankheit an der energischen Vertretung seines Postens verhindert ist, und der Minister Hörring geopfert werden.

Afrika.

In Südafrika künftigen demnächst neue Wirren ausbrechen. Cecil Rhodes sucht seinen Plan, einen südafrikanischen Staat unter ausschließlicher Leitung der Südafrikaner zu errichten, auf einem anderen, bisher noch unbekanntem Wege zu verwirklichen. In der Nacht des 5. März haben 220 Südafrikaner unter dem Commando englischer Offiziere mit Kriegsmaterial und Schießvorräthen „heimlich“ Suaz auf einem Dampfer verlassen. Diese Truppe ist bestimmt, mit Cecil Rhodes zusammenzutreffen! Das dürfte mit den zunächst gegen die portugiesischen Colonien gerichteten Plänen Rhodes zusammenhängen, und man kann sich also auf baldige überraschende Nachrichten gefaßt machen.

Parteiangelegenheiten.

Zur diesjährigen Feier des 1. Mai beginnt jetzt die deutsche Arbeiterpartei Stellung zu nehmen. Es wird daher am Blase sein, den Beschluß in Erinnerung zu bringen, den der in Breslau abgehaltene letzte Parteitag der deutschen Socialdemokratie über die Art und Weise der Maifeier gefaßt hat. Der Beschluß lautet:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeitercongrèsse zu Paris 1889, Brüssel 1891 und Zürich 1893 feiert die Deutsche Socialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden.“

Als würdige Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeiteraufmarsch. Daher empfiehlt der Parteitag denjenigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen den 1. Mai neben den anderen Kundgebungen auch durch die Arbeitsruhe feiern können, Arbeitsruhe einzutreten zu lassen.“

Bei der Gemeinderatswahl in Lagerdorf in Pommern wurde in der dritten Klasse der Candidat der Arbeiterpartei, Wilhelm Starkjohann, mit 93 von 111 abgegebenen Stimmen gewählt. (Stimmrechtlich sind 400). Die Arbeiterpartei hat jetzt alle vier der dritten Klasse inne. Bei der Gewerbergerichts-Wahl in demselben Orte errangen unsere Parteigenossen einen überaus glänzenden Sieg; ihre Candidaten für die Klasse der Arbeitervertreter erhielten 222-224, die der Gegner nur 4-7 Stimmen.

Arbeiterbewegung.

Zum Streik in Cottbus wird uns geschrieben: Am Montag fand eine von der Bürgerschaft in Cottbus einberufene Versammlung statt. Der Vorsitzende, Stadtverordneter und Lagerhalter Kaele, führte aus, daß dieser Streik die gesamte Bürgerschaft schwer schädigt; wenn er auch annehme, daß bei Beginn des Streiks von beiden Seiten Fehler gemacht worden seien, so sei es doch unverantwortlich und geradezu gemeingefährlich, daß die Fabricantenvereinerung die Massenliquidation vorgenommen habe. Der Redner betauert, daß von Seiten der maßgebenden Behörden ein einseitiger und für die Fabricanten günstiger Standpunkt in dieser die Stadt schwer schädigenden Angelegenheit eingenommen worden sei, und schlägt vor, eine Commission aus der Mitte der nicht am Streik beteiligten Bürgerschaft zu wählen, welche als unparteiisches Mittelschied die Verhandlungen anbahnen soll.

Renner-Dies glaubt ebenfalls, daß bei Beginn des Streiks Fehler gemacht worden seien, und bebauert besonders, daß die Behörden den Cottbuser Fabricanten den § 153 der Gewerbeordnung nicht nachdrücklich genug bekannt gemacht haben.

Der Walzmeister von der Camsonschen Fabrik, der größten in Cottbus, giebt zu, daß durch den Ausbruch der Fabricanten schwer geschädigt sind: es werde fahrer sein, sämtliche Arbeiter sofort wieder zu beschäftigen, weil durch den Streik viel Kundschait verloren gegangen sei.

Darauf wurde von Seiten der Arbeiter bemerkt, daß Maßregelungen durchaus nicht vorkommen dürfen: die Arbeiter würden, so lange die Arbeit nicht derart geregelt sei, daß sämtliche Arbeiter beschäftigt werden können, unter Umständen mit halbtägiger Beschäftigung zurückbleiben.

Debitverordneter Kaele glaubt, daß die Verhandlungen zu keinem Resultat führen werden, worauf Stadtverordneter Kaele erwidert, daß man dann wenigstens bestimmen wisse, daß die Fabricanten kein Interesse an dem Wohl der Bürgerschaft der Stadt Cottbus

haben, sondern vielmehr die kleine Geschäftswelt der Stadt leichtfertig ruinieren. Die Bürgerschaft wäre alsdann verpflichtet, selbst einen Aufruf zu erlassen, damit die Ausständigen kräftig unterstützt werden.

Folgende Anträge wurden von der Versammlung angenommen:

I. „Die Versammlung spricht ihre Befriedigung darüber aus, daß die Bürgerschaft gewillt ist, die Vermittelung in einer für beide Theile befriedigenden Weise zu übernehmen. Die Versammlung verwahrt sich entschieden dagegen, daß der Streik von Seiten der Arbeiter hervorgerufen sei.“

II. „Die Versammlung beauftragt das Bureau, die maßgebenden Behörden aufzufordern, den Stadtdirector A. Heine zu veranlassen, den Fabricanten die §§ 152-153 der Gewerbe-Ordnung zur Kenntniß zu bringen und zu erklären: die Versammlung glaubt in der Festschließung von Conventionalstrafen, wie es bei den Fabricanten üblich, die Merkmale einer Bestrafung zu sehen.“

Die gewählte Vermittelungscommission besteht aus folgenden Personen: Bäckermesser: Köppler, Schlossermeister Lehmann, Schneidemeister Berger, Strohhäfenfabrikant Viß, Geschäftsführer Kaele, Rentier Neumann, Restaurateur Krauß.

Unter diesen Personen sind drei Stadtverordnete in Cottbus. Zur Arbeiterbewegung: Die Walter Einshorns haben den Beurlaubungsbewilligt bekommen; den Minimallohn von 40 Pf. pro Stunde lehnten die Arbeiter ab.

In Dresden haben 200 Maler, die bei 30 Meistern arbeiten, die Forderungen bewilligt bekommen; darunter befindet sich das größte Geschäft in der Altstadt. Im Streik standen Ende voriger Woche nach 377 Mann, wovon 211 verheirathet sind, und 280 Kinder zu ernähren haben. Die Zahl der Abgereisten beträgt 50. An der Bewegung überhaupt theilhaftig waren 627 Mann.

In Bielefeld legten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Mechanischen Weberei, Actiengesellschaft, die Arbeit nieder. Grund angenügende Bezahlung. Die Direction wollte statt der geforderten nur eine ganz geringfügige Lohnerhöhung eintreten lassen. Die Zahl der Streikenden beträgt über 900.

Die Arbeiter auf der Insel Nordsee, die, wie wir früher mittheilten, in einer Lohnbewegung stehen, hatten zur Unterhandlung mit den Meistern eine Commission gewählt. Die Mitglieder dieser Commission sind, wie das so Unternehmerkreuz ist, gemäßigelt, und darauf legten sämtliche Arbeiter Nordsee's die Arbeit nieder. Die Ledigen sind abgereist. Die Verheiratheten bedauern der Unterstützung. Sendungen sind zu richten an E. Jerns auf Nordsee.

Der Streik der Einrohrarbeiter bei der Firma Anton Popendick in Bremen dauert fort. Der Vorsitzende des Gewergerichts, Dr. Blendenmann, hatte beide Parteien ersucht, die Vermittelung des Einigungsamts in Anspruch zu nehmen. Die Arbeiter stimmten zu, Herr Popendick aber weigerte sich.

In der Holzfabrik von Lamprecht in Steintin ist ein Streik ausgebrochen. Die Ausständigen bitten die Fachgenossen, Solidarität zu üben.

Die Schuhmacher in Breda in Holland beschlossen bei denjenigen Unternehmern die Arbeit einzustellen, die Aufträge für die Schuhfabrikanten Elmshorns ausführen, deren Arbeiter im Streik stehen.

In Hagenow in Mecklenburg stehen 27 Zimmerer in Streik. Die Zahl der freitenden Steinarbeiter in den Steinbrüchen der Umgegend von Pirna an der Elbe (Posta etc.) beträgt 270; nur 70-80 Mann arbeiten weiter. Die besten Arbeiter theilhaftig sich am Streik. 50 Mann haben anderweit Arbeit gefunden; demnach sind noch 220 Mann zu unterstützen.

Gerichtliches.

Nach zwanzigjährigen Verhandlungen ist im Londoner Oberlandesgericht (Court of Chancery) am Mittwoch endlich das Testament der f. H. weltberühmten ehemaligen königlich preussischen Kammerlängerin Theresie Dietz's anerkannt worden. Tochter eines Hamburger Leichterführers, hatte dies vielleicht unerreichte Muster einer „Häbs“, von der Meyerbeer schwärmte und die sich an der Wiener Hofoper mit der Dufmann-Meyer in den Besitz der begehrtesten Kunstfänger der Donaustadt theilte, während ihrer Künstlerlaufbahn ein enormes Vermögen erworben, das sie durch ihre bekannte Sparsamkeit vorzüglich zusammenhielt. Verheirathet ist sie nie gewesen, und als im Jahre 1877 der Tod sie in London erlitt, sah man sich nach einem Neffen, Peter Dietz's, um, der in der Hauptstadt von Wales, Cardiff, als Schiffsführer sein Dasein fristete und den sie zum Erben eingesetzt hatte. Dieser war aber schon einige Jahre vor der Dietz's Tode nach Südamerika ausgewandert und konnte nicht aufgefunden werden. Seit nahezu zwanzig Jahren haben nun die nächsten Verwandten versucht, das Vermögen, welches inzwischen auf über zwanzig Millionen Mark angeschwollen ist, in die Hände zu bekommen, aber ihre Behauptung, daß Peter Dietz's tot sei und Leibeserben nicht hinterlassen habe, konnte nicht so glaubhaft nachgewiesen werden, daß das Landesgericht sich zur Herausgabe des Vermögens verstanden hätte. Es wurden nun gerichtlicherseits im Auslande Anzeigen und consularische Nachforschungen angeestellt, und am Mittwoch erfolgte die Todeserklärung des Erben Peter Dietz's, so daß nunmehr dessen nächste Verwandte in den Besitz des Erbes gelangen können.

Weil das Gericht den - Schadel verloren hatte, mußte Montag die Verhandlung vor dem Schwurgericht am Landgericht II Berlin vertagt werden. Drei Ziegelarbeiter sollten einen Kollegen durch Wessertische in den Kopf getödtet haben, und da sich am Schadel des Verstorbenen ziemlich deutlich zeigte, was für Messer zur Anwendung gekommen waren, hatte man als Hauptbeweismaterial den Schadel abgefaßt und in Verwahrung genommen. Dieses Beweismittel war aber nun absolut nicht zu finden, kopflos war die Verhandlung nicht möglich und es mußte deshalb die Vertagung beschlossen werden. Hoffentlich gelingt es, den verlorenen Schadel zu ermitteln.

Ein 74-jähriger Greis zum - Tode verurtheilt. Der 74 Jahre alte Martin Kopp aus Jestriz, der bei der Bäuerin Franziska Johann im Ausgehing lebte, betrug sich nicht mit demselben und trachtete ihr nach dem Leben. Am 3. October v. J. mischte derselbe in eine Milchsuppe eine größere Menge Arsenik. Die Kinder der Bäuerin aßen zuerst von der Suppe und mußten, da sie große Schmerzen verspürten, zu Bette gebracht werden. Die 13 Jahre alte Tochter Anna starb in Folge des Genußes der Suppe. Martin Kopp wurde unter die Anklage des Mordes gestellt und trotz seines Leugnens von den Geschworenen schuldig befunden. Das Urtheil des Schwurgerichts in Klagenfurt lautete demgemäß auf Tod durch den Strang. Der greise Mörder nahm das Urtheil mit den Worten: „Kann nit sein“ entgegen.

Nordsee's Ordnungswächter. Die Sabelamire des Nordsee'schmids aus Nordsee, wegen deren Schmidt vor dem Landgericht II, Berlin, zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt wurde, hat in der Revisionsinstanz vor dem Reichsgericht einen etwas eigenartigen wie unerwarteten Verlauf genommen. Gegen das Urtheil der Strafkammer hatte Rechtsanwalt Dr. Löwenstein für den Angeklagten Revision eingelegt und bestritten, daß Schmidt überhaupt Beamter sei. Da er dies aber nicht gemessen, könne er auch als Beamter nicht wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt bestraft werden. Dieser Einwand wurde als berechtigt anerkannt, das Urtheil der Revisionsinstanz aufgehoben und die Sache an die erste Instanz zurückverwiesen. Es entsteht hieraus ein interessantes Consequenz. Wegen verschiedener Auftritte, die sie mit Schmidt gehabt hatten, sind zahlreiche Personen verurtheilt worden, weil sie einen Beamten (nämlich den Schmidt, in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes) Widerstand geleistet hätten. Der nun festgestellte Umstand, daß Schmidt überhaupt nicht Beamter war, so müßten diese Verurtheilungen als zu Unrecht erfolgt im Wege des Wiederauftragsverfahrens aufgehoben werden.







Locales.

Breslau, den 26. März 1896.

Zur Lage der Unterbeamten.

Von Seiten unserer Presse und unserer Abgeordneten im Parlament ist zu wiederholten Malen die Lage der Unterbeamten zur Sprache gebracht worden...

Zu diesem letzteren gehören auch die Unterbeamten der Gefängnisse, Zuchthäuser u., deren Dienst wohl mit zu dem schwersten zu rechnen ist.

Vor einiger Zeit ging durch die Tagesblätter die Nachricht, daß die Zahl der Dienststunden, die gegenwärtig 13—14 täglich beträgt, reducirt werden soll. Es wäre dies sehr zu wünschen...

Aber mit der einfachen Bestrafung des Beamten ist es in vielen Fällen nicht abgemacht, vielmehr fallen alle Vergünstigungen — wenn diese Bezeichnung angebracht ist — als die sogenannte Stellenzulage, Remuneration u. s. w. weg...

Des Ferneren ist der Nachdienst, den die Unterbeamten abwechselnd versehen müssen, gradezu aufreibend. Von Abends 6 bis zum andern Morgen 6 Uhr haben dieselben, wenn man die Rundgänge in einem großen Gefängnis, wie z. B. da: Breslauer, nach Kilometern rechnet, zum Mindesten 21 Kilometer zurückzulegen.

Wo bleibt Ransen?

Baron Toll in Petersburg, einer der besten Kenner Nord Sibiriens, veröffentlicht in der „St. Petersburger Zeitung“ folgende Darstellung des jetzigen Standes der Ransenfrage: Als die erste Nachricht über Ransen aus Ustjanst eintraf, habe ich mich berechtigt gefühlt, meine Ansicht dahin auszusprechen, daß der Ort, von wo die Nachricht kam, für die Glaubwürdigkeit der Mitteilung spräche.

Von der Glaubwürdigkeit der Nachricht ausgehend, hatte ich versucht, die Frage zu lösen, weshalb von Ransen selbst keine Meldung eingetroffen sei, und erklärte mir das dadurch, daß Ransens eigener Vetter, oder er selbst, sozusagen von der Janna seines Ruhmes überflügelt worden sei.

Der Termin — 10. November — schwächt noch mehr meinen Glauben daran, daß wir jetzt bald schon den glücklich heimkehrenden Ransen begrüßen dürfen. Wenn Ransen sein Schiff verlassen hätte und zu Fuß oder mit Hundeschritten von Insel zu Insel zum Festlande zurückkehrte, so könnte er am 10. November selbst schon an der Senge der „Civilisation“, d. h. in Ustjanst angelangt sein...

folgenden Tag frei hatten, müssen sie in neuerer Zeit auch Mittags von 1/2 bis 2 Uhr den sogenannten Mittagsebsticht verrichten.

Alle die hier angeführten Umstände, die man wohl mit Recht als Uebelstände bezeichnen kann, gehören in den Kreis der Erwägungen und es wäre Sache des Ministers des Innern, hierin Remede zu schaffen.

Man klagt von Seiten der Behörden, daß das „Gift des Socialismus“ bis in die Beamtenkreise bringe und doch geschieht so wenig zu einer einigermaßen Besserstellung dieser Kategorie.

Suum cuique??

\* Das Stürzen aus den Fenstern. Sobald die Temperatur das Offenhalten der Fenster gestattet, mehrten sich auch sofort die Verunzählungen von Kindern durch Sturz aus denselben. Wer Gelegenheits hat, täglich mehrere Zeitungen zu lesen, der wird kaum einen Tag verzeichnen können, an dem nicht über einen deraartigen Unglücksfall berichtet wird.

\* Die Kenntniß der vereinigungsgesetzlichen Bestimmungen, ganz besonders aber die Auslegung derselben gegenüber der socialdemokratisch gestimmten Arbeiterschaft, ist eine unerläßliche Bedingung der Vorstände der Arbeiterorganisationen. Für diese genügt es nicht, die nachden Paragrphen des betreffenden Gesetzes zu studiren, sondern es ist nothwendig, auch die vielen darauf bezüglichen Entscheidungen der verschiedenen obersten Gerichtshöfe kennen zu lernen.

\* Darf sich die Polizei in privatrechtliche Verhältnisse mischen? Der Polizeiverwalter einer kleinen Stadt hatte eine Ehefrau, die von ihrem Manne getrennt lebte, verhindern wollen, während der Abwesenheit desselben aus der früheren gemeinschaftlichen Wohnung Möbel

herauszuschaffen und deshalb polizeiliche Siegel an den Eingängen der Wohnung anbringen lassen. Die Frau hatte diese Siegel abgerissen und einige Sachen, die nach ihrer Behauptung ihr persönliches Eigentum waren, herausgeschafft. Vom Schöffengericht dieserhalb freigesprochen, von der Strafkammer jedoch zu einer Woche Gefängnis verurtheilt, entschied das Kammergericht als letzte Instanz zu Gunsten der Frau und sprach dieselbe frei.

\* Unschuldig Verhaftete. Vor einigen Tagen wurde in der Provinz ein Weber in Strafkast genommen. Es stellte sich aber heraus, daß der Häftling die Strafe bereits verbüßt hatte, worauf seine Freilassung erfolgen mußte. Auch der Tischlergeselle Gottlieb Diebich ist am 14. d. M. auf der Straße von Hirschdorf nach Streßten, unter der Beschuldigung 6 Gänse gestohlen zu haben, verhaftet worden.

\* Stadt-Theater. Heute, Donnerstag, findet eine Wiederholung von Goethes „Faust“ (1. Theil) statt; morgen Freitag, geht Ponchielli's Oper „Giocanda“ zum vierten Male in Scene. Die Besetzung der Partien mit Fräulein Rosen (Titelrolle), Fräulein Jännefeld und Fräulein Behme, sowie den Herren Schläpfer, Schwarz, Elmblad, Mühlmann und Schramm bleibt.

\* Vobe-Theater. Heute, Donnerstag, geht Sudermanns „Sodom's Ende“ zum letzten Male mit Josef Rainz als Willy Janinow in Scene. — Morgen, Freitag, tritt Josef Rainz zum vorletzten Male auf und zwar in Gustav's „Uriel Accosta“, in welchem Stück er sich gleichzeitig am Sonnabend verabschiedet.

\* Unfälle. Am 21. d. M., Vormittags, wurde auf der Thiergartenstraße ein obdachloser Arbeiter in schwerem Zustand aufgefunden und in die Klinik an der Marktstraße gebracht. Am 22. d. M., Vormittags, erlitt auf der Ohlauerstraße eine Wittwe einen Schlaganfall. Sie wurde mittelst Droßke in ihre Wohnung auf der Tauentzienstraße geschafft.

\* Unfälle. Am 24. d. M., Mittags, fuhr eine auf der Neuen Tauentzienstraße wohnende Handelsfrau mit einem Wagen der elektrischen Bahn vor Morgenau bis auf die Tauentzienstraße. Dort versuchte sie während voller Fahrt abzuspinnen, wobei sich ihr Kleid an dem Wagen verfang. Sie stürzte in Folge dessen zu Boden und wurde etwa 20 Schritte auf dem Fahrdamm geschleift, bis der Wagen zum Stehen gebracht werden konnte.

über einen Gegenstand, der den Schreiber des Briefes lebhaft interessiert, und über etwas, das er vielleicht von Zustatt aus mit der Jahrespost vom vorigen Sommer erfahren? Vielleicht hatte er ein Jahr später als wir in Europa von dem vermeintlichen Fram an der Ostküste Grönlands gehört, und daraus auf die Rückkehr Ransens geschlossen? Der naive Zusatz: „Also das Polarmer wird erforscht“, scheint beinahe für diese Lesart zu sprechen.

Wenn wir nun auch als sicher annehmen wollten, daß diese erste, so aufregende Nachricht sich als falsch erwiesen hätte, so können wir, meiner Ansicht nach, auf demselben Wege aus Ustjanst immerhin eine authentische Nachricht erwarten. Um nicht mißverstanden zu werden, muß ich auf Ransens Plan noch einmal kurz zurückkommen. Das Papylarste an der ganzen Theorie ist das Beinkleid des Matrosen Louis Koros. Außer diesem waren es 57 Dinge, die als Reliquien der Jeannette aufgefaßt wurden.

Wenn wir nun auch als sicher annehmen wollten, daß diese erste, so aufregende Nachricht sich als falsch erwiesen hätte, so können wir, meiner Ansicht nach, auf demselben Wege aus Ustjanst immerhin eine authentische Nachricht erwarten. Um nicht mißverstanden zu werden, muß ich auf Ransens Plan noch einmal kurz zurückkommen. Das Papylarste an der ganzen Theorie ist das Beinkleid des Matrosen Louis Koros. Außer diesem waren es 57 Dinge, die als Reliquien der Jeannette aufgefaßt wurden. In dem hochinteressanten Vortrage, den Ransen in London vor der Geographischen Gesellschaft am 14. November 1892 hielt, erwähnt er unter Anderem, daß ein gut be'anteter amerikanischer Forscher sich gegen die Echtheit der Jeannette-Reliquien ausgesprochen habe und die gefundenen Gegenstände auf den Proteus beziehen wolle, der im Smith-Sund, gegen 1000 miles N. (1000 engl. Meilen nördlich) von Julianehaab verweilt war (1883). Durch diese Bemerkungen Ransens geregt, habe ich mich in der Literatur der amerikanischen grönländischen Expedition umgesehen und bin dabei zu einer unerwarteten Beleuchtung der Frage, ob die Jeannette-Reliquien echt sind, gelangt.

Zu der Mannschaft der Juniata gehörten unter Anderem auch Lieutenant E. Chipp, der spätere Unglücksgefährte De Long's, und unter den Gerathen der Polarie, welche auf einer Eisflöße die Westküste Grönlands hinabgetrieben waren, befand sich der Matros: Kinemann, wiederum ein Name, der bei De Long's Jeannette-Expedition, und zwar mit Koros zusammen bekanntlich oft genannt wurde. Das alles ist doch ein eigenartiges Zusammenströmen. Liegt es nicht nun nahe genug, anzunehmen, daß es sich bei den geschriebenen Sätzen mit De Long's Unterschrift einfach um einen Lesefehler, her-

vorgelassen durch die Ähnlichkeit der Namen Juniata und Jeannette, handeln könne, besonders wenn man in Betracht zieht, daß die betreffenden Papiere jahrelang, in dem von mir angenommenen Falle zehn Jahre lang, auf Eisflößen aufgefroren im Wasser umhergetrieben wurden. Was nun die Beinkleider betrifft, so wäre es von höchstem Interesse, zu constatiren, ob nicht Koros, ebenso wie Mademann, auch schon damals eine der Expeditionen mitgemacht, auf der Polarie oder auf dem Steamer Juniata? De Long's Reiseplan hat sich, wie aus dem Werke seiner Wittve hervorgeht, sehr bald nach seiner Fahrt an der Westküste Grönlands entwickelt und ist erst mehrere Jahre später zur Ausführung gelangt. Seine Mannschaft hat er sich aber gerade unter den damals erprobten Leuten ausgesucht.

Man also scheint es wahrscheinlicher, daß die Reste von der Juniata nach Julianehaab durch die dort festgestellte nord-südliche Strömung getrieben, und nicht von der Jeannette stammen, und daher glaube ich auch nicht, daß Ransens Fram durchaus an Grönlands Ostküste austauchen muß. Wenn der Dampfer Fram die Gewalt der Eispressung aushält, so kann er, meiner Ansicht nach, am ehesten nach Spitzbergen getrieben werden.

In jedem Falle aber scheint mir Ransens Ziel glänzend erreicht, wenn er unbekanntes Land nördlich von den nördlichen Inseln entdeckte, und eine Beugung für alle seine Freunde wäre es, wenn er nach dieser Entdeckung die natürliche Brücke der Inseln zum Rückzuge benutzte.

Rannmehr komme ich zu der Frage, was den Freunden Ransens zu thun übrig bleibt. Ich bin überzeugt, daß Ransen am Cap Eschscholtz in Nachrichten hinterlassen hat. Diese abzuholen ist eine vorzügliche That. Was die Depots auf den Inseln betrifft, so ist für ihre Controle vorzuziehender als bereits das möglichste geschehen. Als ich an der Zuständigkeit der Ransensschen Nachricht zu zweifeln begann, habe ich mich sofort, mit Unterstützung von Seiten des Vicepräsidenten der Geographischen Gesellschaft, B. Semnow, an den Generalgouverneur, General Gromykin, mit dem ich gewandt, die entsprechenden Anordnungen zu treffen. Und so ist denn in entgegenkommender Weise von dem Generalgouverneur die Sache in die Hand genommen worden und ein Befehl nach Jakutsk abgegangen, einen Boten unverzüglich nach Ustjanst zu senden, mit der dringenden Weisung, die Depots zu erhalten, wobei eine weitere Bitte vor mir für die Erhaltung derselben in Aussicht gestellt ist.

In Augenblicke scheint alles geschehen, was hier aus möglich war. Ob später, wenn noch irgend eine sichere Nachricht eintrifft, etwas zu thun übrig bleibt, das man in nächster Zeit in Erwägung gezogen werden.



